











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	In der Union ist die Kontroverse um die E-Zigarette noch nicht beigelegt . Parlamentarische Sommerpause und die Debatte um innere- und äußere Sicherheit überragt alle andere Themenkomplexe. Es ist zu erwarten, dass die E-Zigarettendebatte im September wieder an Fahrt gewinnt – und derweil „unter dem Radar“ verläuft. Das erschwert Aktivitäten seitens der Branche.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Linke zeigte im Hintergrundgespräch weiter Interesse an der E-Zigarette und ist bereit sich dafür einzusetzen. Jedoch ist die Bundestagsfraktion der (öffentlich) einzige Befürworter und ohne relevante Wirkmacht.	
Bundesrat, Bundesländer	Aufgrund der Sommerpause beschäftigen sich die Länder momentan nicht mit dem Thema. Aufgrund der Werkschließung in Bayern ist mit weiteren Reaktionen der Landespolitik zu rechnen , wenn konkretere Maßnahmenpläne seitens BAT vorliegen. Zudem ist die bayerische Politik durch die jüngsten Anschläge in München, Würzburg und Ansbach stark eingebunden. Andere Tabakstandorte werden die Ereignisse und ihre Ursachen (strikte Gesetzgebung) aufmerksam verfolgen.	
Verwaltung	In der deutschen und europäischen Verwaltung bleibt der Regulierungskurs gegen Tabak und E-Zigarette bestehen . Die EU weitet ihre Aktivitäten bei Tabak etwas aus. Es darf erwartet werden, dass sich dies zeitverzögert auf die E-Zigarette niederschlagen wird.	
Fachcommunity	Die Fachcommunity ist weiter gespalten, eher negativer Trend . Insbesondere Meldungen über neu aufgedeckte Karzinogene und die Wirkung der E-Zigarette auf Heranwachsende kann Kritiker befeuern.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise)	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Während der Sommerpause bis Anfang September konzentrieren sich die Ressorts vor allem auf dringliche Anliegen. Aufgrund der angespannten innen- und außenpolitischen Lage fokussiert sich die Bundesregierung als Ganzes und einzelne Ressorts im Besonderen auf diese Fragestellungen. Die E-Zigarette spielt daher eine politisch untergeordnete Rolle. Dies birgt aber auch das Risiko, dass (Vor-)Entscheidungen „unter dem Radar“ getroffen werden, welche im Nachgang schwieriger zu kompensieren sind.

2.2. Bundestag

Datum: 21.07.2016 , 10.07.2016

Meldung: Die Interessengemeinschaft E-Dampfen (ig-ed) hat ein selbstverfasstes [Buch](#) zur E-Zigarette und deren Regulierung an **alle Bundestagsabgeordneten** verschickt. Insgesamt sind 1000 Exemplare gedruckt – und bereits vergriffen. Das Vorwort stammt von Prof.

Dr. Mayer (Universität Graz). Das Buch widmet sich u.a. dem Lobbying, EUTPD2, Petitionen und dem kontroversen Thema Jugendschutz. Die Texte stammen von bekannten Aktivisten, die von kleinen Beiträgen von Dampfern ergänzt werden. Das verleiht eine gewisse Authentizität.

Derweil kam es zu einem ersten Treffen mit dem Büro des drogenpolitischen Sprechers von Die Linke im Bundestag, Frank Tempel, und dem zuständigen Referenten der Bundestagsfraktion. Tempel und die Fraktion zeigten sich offen für eine „Unterstützung“, z.B. über eine Kleine Anfrage und weiterem Informationsaustausch.

Einordnung/Empfehlung: Die Aktion stellt erneut die wachsende Professionalisierung des Vereins unter Beweis. Es ist nicht auszuschließen, dass Unternehmen oder sogar Verbände den Verein unterstützen. Beispiel: Pharmafirmen setzen über von ihnen geförderte Patientenvereine Botschaften an die Politik ab.

Nach einer ersten Auswertung ist das Gros der Quellen der sog. grauen Literatur zuzuordnen – Eigenbeiträge der ig-ed, Posts von Forum- und Blog-Usern, Blogs und weniger Fach- oder Medientexte. Dies kann in den Augen von solide arbeitenden Abgeordneten und Bundestagsmitarbeitern eine Schwachstelle darstellen. Jedoch ist immer wieder festzustellen, dass im Parlament nur eine unzureichende Quellenkritik besteht.

Wir arbeiten derzeit an den Vorbereitungen zur Kleinen Anfrage, die nach der Sommerpause eingebracht wird. Diese Form der parlamentarischen Kontrolle gewann in den letzten Jahren an Gewicht. Kleine Anfragen werden von der Regierung schriftlich beantwortet und nicht im Parlament beraten. Sie bieten einen Blick in die Beweggründe und künftigen Schritte der Exekutive, die sich jedoch oft hinter allgemeinen Aussagen zu verbergen versucht. Sie kann aber auch ein Aufhänger für Medienarbeit sein. Die Frist, innerhalb derer die Regierung auf die Kleine Anfrage zu antworten hat, sind 14 Tage. Sie kann aber verlängert werden, was in der Praxis häufig geschieht.

Quelle: ig-ed.org , Hintergrundgespräch

Datum: Juli 2016

Meldung: Nun wurde eine Bundestagsdrucksache mit Parlamentarieranfragen veröffentlicht, in der die Grünenabgeordnete Nicole Maisch kritisch nach den Gründen zur Verlängerung der Übergangszeit des Tabakwerbeverbotes auf 2020 fragt. Die Bundesregierung flüchtet sich in Allgemeinplätzen. So werde das Werbeverbot als effektives Instrument zur Konsumreduzierung gesehen und solle die Übergangsfrist soll die Umstellung auf die neuen Vorschriften erleichtern.

Einordnung/Empfehlung: Die nahezu inhaltslose Antwort der Bundesregierung kann insoweit interpretiert werden, dass sie nicht zugeben möchte, dass sie seitens der Wirtschaft zu Zugeständnissen gedrängt wird. Zumal die Bundesregierung – und die Unionsfraktion – in dieser Frage gespalten ist. Ein klares (offizielles) Eingeständnis würde den Kritikern in Parlament und Gesellschaft dienen und das Image von Bundesminister Schmidt (CSU) deutlich schmälern. Daran ist dem BMEL aufgrund der Kontroverse des Themas sowie des sich ankündigenden Wahljahres nicht gelegen.

Quelle: dipbt.bundestag.de

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Der Bundesrat pausiert bis zu den ersten Ausschusssitzungen am 05. September. Die erste Plenarsitzung findet am 23. September statt.

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 20.07.2016

Meldung: Das wissenschaftliche EU-Beratungsgremium [Scientific Committee on Health, Environmental and Emerging Risks](#) (SCHEER) führt bis **zum 22.09.2016 eine Konsultation über die (weitere) Regulierung von Inhaltsstoffen bei Tabakprodukten durch**. Ziel ist die Entwicklung von Richtlinien für Studien und entsprechende Kriterien sowie Methoden, mit denen Produzenten einzelne Inhaltsstoffe beurteilen müssten.

SHEER hat eine [Stellungnahme](#) veröffentlicht, an der auch Urmila Nair vom DKFZ mitgewirkt hat. Die Stellungnahme umfasst unter anderem Vorschläge über von den Herstellern zu leistende Untersuchungen über definierte Inhaltsstoffe. Darunter 15 durch EUTPD2 festgelegte und entsprechend künftig von Regulierer definierte Inhaltsstoffe. Laut SHEER bestünden insbesondere Wissenslücken zu Suchtgefahren wie Attraktivität durch die Stoffe.

Derweil zeichnet sich beim **Notifizierungsverfahren** in der EU-Kommission eine Fristverlängerung ab (2. ÄnderungsV zur TabakerzV, siehe Report 22). Während nur von wenigen Staaten Fragen zur deutschen Umsetzungsgesetzgebung zu EUTPD2 kommen, deutet sich durch die „Intervention“ seitens Großbritanniens **eine Verlängerung des Verfahrens um mindestens 3 Monate ab**.

Daneben hat die EU einen [Bericht](#) herausgegeben, der Ansätze zur wissenschaftlichen Erhebung von Geschmacksstoffen in Tabakprodukten beschreibt. Es werden u.a. sensorische und chemische Tests sowie die Aufstellung einer Expertengruppe empfohlen (S.6). Derzeit sucht die EU-Kommission Mitglieder für ein Beratergremium, welches Tabakprodukte ob ihrer Geschmackscharakteristika untersuchen und bewerten soll. Zudem entwickelt es Prüf- und Bewertungsmethoden zu Tabakprodukten weiter.

Einordnung/Empfehlung: Die Konsultation wird auch für die E-Zigarette interessant werden: Unter den Stoffen sind u.a. Propylenglycol, Diacetyl, Glycerin und Menthol, die ja auch bei der E-Zigarettendebatte in der Kritik stehen. Wir empfehlen die aufmerksame Begleitung der Konsultation. Sie kann der EU als Vorlage und Orientierung für eine entsprechende Konsultation ausschließlich zur E-Zigarette dienen. Die Konsultation richtet sich auf dem ersten Blick an Tabakprodukte – die E-Zigarette wird nicht dezidiert genannt – es ist aber nicht auszuschließen, dass die EU daraus Schlüsse zu elektronischen Zigarette ableitet. Um den vorzubeugen, kann bei Bedarf SHEER oder in der EU-Verwaltung über entsprechende Pläne zur E-Zigaretten angefragt werden. Kontakt SHEER: SANTE-C2-SCHEER@ec.europa.eu.

Eine Verlängerung des Notifizierungsverfahrens bedeutet eine Verzögerung des Inkrafttretens der deutschen Regulierungen. Bislang gibt es keine Indizien dafür, dass seitens der EU eine Veränderung der Regeln in Betracht gezogen wird. Die Herangehensweise der EU zur Untersuchung von Tabakprodukten und Weiterentwicklung der Regulierung bietet eine Orientierung für eventuelle Schritte bei der E-Zigarette. Gremien und Vorgehensweisen können auf diese übertragen werden.

Quelle: ec.europa.eu , ec.europa.eu , Hintergrundgespräch

Datum: 20.07.2016

Meldung: Die finnische Regierung plant eine Tabaksteuer, die auch die E-Zigarette umfasst. Im Gespräch sind **30 Cent pro Milliliter Liquid** für wiederauffüllbare Systeme. Die Steuer soll auch auf nikotinfreie Liquids erhoben werden. Das Finanzministerium rechnet mit **bis zu einer Verdoppelung der Preise** (bei günstigen Produkten). Die Regelung soll parallel zur Marktzulassung der E-Zigarette in Finnland stattfinden.

Einordnung/Empfehlung: Der Entwurf ist noch nicht vom finnischen Parlament verabschiedet. Finnland würde mit der Entscheidung den für Herbst 2016 geplanten Gesprächen auf EU-Ebene (siehe Report 25) vorgehen und einen weiteren Orientierungspunkt für noch unentschlossene Staaten setzen. Der immer mal wieder geäußerte Wunsch von EU-Ländern nach einer möglichst einheitlichen Regelung wird damit vorgeprägt.

Quelle: yle.fi , tobaccojournal.com

Datum: 18.07.2016

Meldung: Die griechische Regierung hat einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der EUTPD2 vorgelegt. Medien zufolge soll dabei der E-Zigaretten(konsum) dem Tabak(konsum) gleichgestellt werden. Das Gesundheitsministerium begründete diesen Schritt mit dem Gateway Effekt der E-Zigarette.

Einordnung/Empfehlung: Das Gesetz – seine Verabschiedung im Parlament vorausgesetzt – dürfte Auswirkungen auf den Konsum im öffentlichen Raum haben. Dies kündigte sich bereits im [Vorfeld](#) an. Mit diesem Schritt vergrößert sich erneut die Gruppe der EU-Staaten, die eine strikte Regulierung – auch über EUTPD2 hinaus – verfolgen. Bestrebungen nach einer möglichst einheitlichen europäischen Regelung verschieben sich somit langsam zu einer allgemeiner engeren E-Zigarettenregulierung. Dies erschwert langfristig auch die Diskussion in Deutschland nach Regelungen mit Augenmaß. Insbesondere, da Großbritannien als prominenter Referenzpunkt an Einfluss und als Positivbeispiel an Leuchtkraft verliert.

Quelle: dailyhellas.com

2.5. Fachcommunity

Datum: 27.07.2016

Meldung: Forscher der Universität Berkeley haben E-Zigaretten auf gesundheitsschädliche Stoffe des Dampfes untersucht. Die Wissenschaftler bewerten die E-Zigarette als risikobehaftet – jedoch weniger als Tabak. Umso höher die Temperatur, desto höher die schädlichen Emissionen. Ferner stehe die Emissionen mit der genutzten Spannung (Volt) in Verbindung: Höhere Voltzahlen erhöhten die Schadstoffmenge. Zudem wurden erstmals zwei weitere Karzinogene nachgewiesen: Propylenoxid and Glycidol. Die Studie wird in der Fachwelt unterschiedlich bewertet.

Einordnung/Empfehlung: Die Studie bietet Kritikern weitere Ansätze gegen die E-Zigarette. Die Ergebnisse zur elektrischen Spannung können als Argument herhalten, eine Begrenzung der Leistungsparameter zu fordern. Der Nachweis weiterer krebserregender Stoffe tangiert zudem die Liquidregulierung.

Quelle: pubs.acs.org , sciencedaily.com , sandiegouniontribune.com

29.07.2016

Datum: 26.07.2016 , 25.07.2016

Meldung: Laut einer Untersuchung der US-Gesundheitsbehörde CDC steigt die Beliebtheit der E-Zigarette bei Erwachsenen. Insbesondere bei Tabakrauchern: 16% der Zigarettenkonsumenten und 15% der Nutzer von (Wasser-)Pfeifen und Zigarren und 10% der Snus-Konsumenten dampfen. Die Behörde empfiehlt Arbeitgebern das Konsumverbot jedweder Tabakprodukte (das beinhaltet i.d.R. in den USA auch E-Zigaretten) und die Aufklärung über die Risiken der E-Zigarette.

Die Universität von Kalifornien hat eine sozio-ökonomische Studie über junge E-Zigarettenkonsumenten veröffentlicht. Der Untersuchung zufolge nutzen insbesondere europäischstämmige Heranwachsende der Mittel- und Oberschicht mit entsprechendem Budget und überdurchschnittlicher Bildung die E-Zigarette. Sie würden das Produkt als risikoärmere Tabakalternative wahrnehmen. Ärmere, bildungsfernere Schichten und Mitglieder anderer Ethnien würden vermehrt Tabak konsumieren.

Einordnung/Empfehlung: Die kalifornische Studie und deren Ergebnisse muten auf dem ersten Blick positiv an. Sie birgt jedoch Gefahr, dass die (zunehmende) Beschäftigung mit den Konsumenten zu einer Stigmatisierung führen. Erfahrung: Die Tabakbranche machte vor den 2010er Jahren die Beobachtung, dass Tabakgegner versuchten durch die negative Konnotation der Verbraucher einen Imageschaden wie Konsumrückgang zu erwirken. Die durch die Untersuchung transportierten Imagebotschaften müssen nicht bei der Zielgruppe verfangen. Wir empfehlen derartige Entwicklungen zu beobachten. Verbraucher nehmen die Hersteller auch als ihre gesellschaftspolitischen Fürsprecher wahr.

Quelle: jama.jamanetwork.com , kpbs.org , healthpolicy.ucla.edu

Datum: 20.07.2016 , 18.07.2016

Meldung: Kanadischen Forschern zufolge konsumieren Heranwachsende E-Zigaretten vor allem aus Imagegründen (so 75%, inkl. der 48% der aktuellen jugendlichen Tabakkonsumenten). Die Wahrscheinlichkeit des Dampfens sei bei Rauchern 12mal höher. Erwachsene würden E-Zigaretten vornehmlich zum Tabakstopp nutzen, so Dr. Michael Khoury (University of Toronto). Die Tabakalternative würde Jugendliche jedoch wenig dabei unterstützen. Ein Viertel der Jugendlichen hätten über diverse Plakatwerbung bzw. Aushänge von E-Zigaretten erfahren. Die Autoren plädieren für eine striktere Gesetzgebung.

Experten der US-Gesundheitsbehörden CDC und FDA kommen in einer neuen Untersuchung von Daten 2013-2014 zu dem Schluss, dass parallel zum Absinken des Zigarettenkonsums mehr Alternativprodukte genutzt würden. Demnach würden 21,3% der US-Amerikaner täglich Tabakprodukte konsumieren, darunter 3,3% E-Zigaretten. Zum Vergleich: 17% Zigaretten, 2,5% Snus. Die meisten Dampfer seien keine täglichen Konsumenten. Jedoch spiele neben der Experimentierfreude, Werbung und individuelle Risikobewertung eine Rolle: „The higher prevalence of use among younger adults might also be a **consequence of targeted marketing of e-cigarette products** and varying perceptions about the relative harm or social acceptability of these products compared with conventional cigarettes [...].“

Gleichzeitig deuten sich in New York City, einem weltweit bekannten Vorreiter der Tabakregulierung, erste Anzeichen einer Einbeziehung der E-Zigarette in die strengen Nichtraucher-schutzregeln an.

Einordnung/Empfehlung: Die nordamerikanischen Studien stützen Vermutungen von Kritikern, dass Werbung und das „coole“ Image den E-Zigarettenkonsum antreiben, und bestätigen sie in ihren Ansätzen zur Werberegulierung. In Verbindung mit der Gateway Effekt-These entwickelt sich daraus eine starke Antriebskraft zur Fortführung der Regulierung. Zwar geht [Altria](#) (PMI) gerade gegen die Regulierungspläne in den USA vor, doch auch die prominente Unterstützung von Experten wie [Prof. Siegel](#) (Boston) erscheint weniger aussichtsreich. Im Gegenteil: Die öffentliche Positionierung für eine bestimmte Firma kann im aktuellen Kontext zur Diskreditierung von ansonsten soliden Experten beitragen. Vorreiter wie New York finden mit ihren Ansätzen Beachtung und animieren europäischen Stakeholder. Wir empfehlen, frühzeitig auf Bundes- und Landesebene Konsumverboten entgegenzuarbeiten.

Quelle: [eurekalert.org](#) , [dailymail.co.uk](#) , [globalnews.ca](#) , [cdc.gov](#) , [newsmax.com](#)

Datum: 15.07.2016

Meldung: Einige Suchtexperten bewerten die geplante strikte Regulierung der E-Zigarette in den USA negativ. Es wird davon ausgegangen, dass enge Regeln vor allem große Akteure wie Tabakfirmen begünstigen. [Nancy Rigotti](#), Director of the Tobacco Research and Treatment Center (Massachusetts General Hospital) spricht sich dafür aus, dass E-Zigaretten weiterhin Rauchern zum Tabakstopp zur Verfügung stehen. Experten wie [Shu-Hong Zhu](#) (UCS) befürchten eine Stärkung der geschlossenen Produktwelten der Tabakunternehmen – im Gegensatz zu den von Nutzer präferieren „offenen“ Systemen.

Einordnung/Empfehlung: In den USA ist ein allgemeiner Trend zur Verschärfung der E-Zigarettenregulierung zu beobachten. Mahnungen von US-Experten erhalten in diesem Kontext etwas mehr an Glaubwürdigkeit.

Quelle: [jama.jamanetwork.com](#)

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 27.07.2016 , 26.07.2016

Meldung: Im Zuge der bundesweiten Präventionstour zu Alltagsdrogen erklärt die Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Dr. Heidrun Thaiss: „Mit einer Raucherquote von 7,8 Prozent bei den 12- bis 17-Jährigen im Jahr 2015 liegt der Anteil der rauchenden Jugendlichen auf einem historischen Tiefstand. Sorge bereitet allerdings das Ausprobieren von E-Shishas und E-Zigaretten. Dieser Konsum birgt die Gefahr, darüber den Einstieg in das Rauchen von Tabak zu finden.“ Die Bundesdrogenbeauftragte (MdB, CSU) hält derweil Alltagsdrogen für eine größere Herausforderung bei Jugendlichen als illegale Suchtmittel. Die Erfolge bei der Tabakprävention seien nur „eine Momentaufnahme“.

Auch in Großbritannien bleiben Gesundheitsakteure skeptisch: Laut einer [Umfrage](#) sind 70% der britischen Allgemeinmediziner gegen eine Ausgabe von E-Zigaretten auf Rezept als Mittel zum Tabakstopp. Dies forderte das Royal College of Physicians im Frühjahr (Report 20).

Einordnung/Empfehlung: Die BZgA und andere Präventionsorganisationen benötigen Risiken als Existenzbegründung. Aufgrund der Erfolge bei Tabak bietet sich die E-Zigarette als neues Betätigungsfeld an. Die Aussagen deuten darauf hin, dass die Organisation – ähnlich wie in Neuseeland und anderen Staaten – eine tabak-/nikotinfreie Gesellschaft vorschwebt.

Umfrageergebnisse wie diese schwächen zusätzlich zum Brexit den Vorbildcharakter von UK als Modell für einen pragmatischen Umgang mit der E-Zigarette und dürften in Deutschland Befürworter finden. Damit bleibt zwar die Debatte um die E-Zigarette als Medizinprodukt bestehen, diesmal jedoch gegen eine systematische Verwendung als solches.

Quelle: bzga.de , merkur.de , n-tv.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 23.07.2016

Meldung: Während weltweit der Zigarettenmarkt schrumpft, wächst der Markt für Heated Tobacco. Medien und PMI zufolge steigt der Marktanteil von IQOS in den 3 Versuchsmärkten Italien, Japan und Schweiz. Dabei sollen bis zu 70% der Konsumenten überwiegend oder vollständig von der Tabakzigarette zu IQOS gewechselt haben. IQOS kannibalisierte in Japan 35% des PMI-Portfolios. Jedoch wird beobachtet, dass Konsumenten von günstigeren PMI-Marken zur teureren IQOS wechseln. PMI will bis Jahresende IQOS in 20 Ländern vertreiben – in Deutschland öffneten bereits 2 Flagship-Stores (siehe Report 24). Die US-Großbank Wells Fargo rechnet damit, dass 2025 ein Drittel des Tabakzigarettenmarktes durch Heated Tobacco übernommen wurde.

Einordnung/Empfehlung: Die Hersteller bewerben Heated Tobacco – ähnlich wie die E-Zigarette – als risikoärmere Tabakalternative. Die Tabakkonzerne verfügen durch ihr breites Portfolio über Möglichkeiten Regulierungen auszugleichen. Daher werden sie die E-Zigarettenregulierung strategisch angehen und insoweit eingreifen, dass ihr Produktportfolio weitestgehend geschützt bleibt – und die E-Zigarettenkonkurrenz begrenzt bleibt. Die Tabakkonzerne sind lieber dominierender Teil eines kleinen E-Zigarettenmarktes, als dass ein gering regulierter Markt kleinen Firmen Wachstumschancen bietet.

Quelle: host.madison.com

Datum: 20.07.2016 , 19.07.2016

Meldung: Nach Imperial schließt auch JTI eine Zigarettenfabrik in Großbritannien (siehe Report 22). 870 Stellen werden bis Ende 2017 abgewickelt. JTI reagiert damit auf das schwierigere Marktumfeld: neue Auflagen durch EUTPD2 (Plain Pack), Verbrauchssteuererhöhungen und Schmuggel setzten dem Markt zu. Jedoch wurden die Grundlagen der Entscheidung in 2014 gelegt, als sich JTI bereits auf sich abzeichnende Entwicklungen einstellte.

Einordnung/Empfehlung: Binnen kurzer Zeit hat ein weiteres Tabakunternehmen Konsequenzen aus der zunehmenden Tabakregulierung umgesetzt. Mit der Schließung von Bayreuth liegen damit 3 jüngere Beispiele für die Negativwirkung strikter Regulierungen vor. Sie lassen sich in Stakeholdergesprächen genauso anbringen wie in Hintergrundgesprächen mit Journalisten, um das Risiko für die klein-mittelständische E-Zigarettenbranche zu betonen.

Quelle: bbc.com , irishtimes.com , bbc.com

Datum: 18.07.2016

Meldung: Das Regensburger Unternehmen [seng vital](http://sengvital.com) bringt seine „Alternative zur E-Zigarette“ auf den Markt und setzt sich von der E-Zigarettenbranche ab. „Anders als die

29.07.2016

meisten unserer Wettbewerber in der e-Zigarettenindustrie oder eVape Branche, kennen wir unsere Inhaltsstoffe sehr genau. Denn wir produzieren unsere Liquids ausschließlich in Deutschland und verwenden statt dem umstrittenen Vernebelungsmittel Propylenglycol ausschließlich einen auf organischer Basis hergestellten Alkohol.“, so die Firma auf ihrer [Homepage](#). Sie setzt auf natürliche Inhaltsstoffe und Aromen.

Einordnung/Empfehlung: Das Unternehmen suggeriert, das konventionelle Hersteller keine genauen Kenntnisse über ihre Produkte hätten. Kritiker können sich aufgrund solcher Aussagen bestätigt fühlen. Derlei Statements können die E-Zigarettenbranche (unnötig) spalten und somit schwächen. Wir empfehlen, die Branche zur Geschlossenheit aufzurufen. Denn Propylenglycol ist nur ein Kritikpunkt der Gegner – entscheidender ist ihre Argumentation mit dem Gateway Effekt, die auch seng vital betreffen dürfte.

Quelle: regensburger-nachrichten.de

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
Ab 05.09.2016	Bundestag und Bundesrat nehmen den regulären Betrieb wieder auf.	Bundestag, Bundesrat	Berlin	bundestag.de , bundesrat.de
08.09.2016	Sommerfest	CDU-Wirtschaftsrat Berlin-Brandenburg	Berlin	wirtschaftsrat.de
16.- 18.09.2016	InterTabac	Messe Dortmund	Dortmund	intertabac.de

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.